



Bundesverband e.V.

Resolution

des Präsidiums des AWO Bundesverband e.V.

**Zukunft für sozialen Zusammenhalt**  
Zwischenruf zur Debatte um den  
Sozialstaat

## Resolution des Bundespräsidiums des AWO Bundesverband e.V.

**Mai 2026**

Der Sozialstaat kommt aus den Schlagzeilen nicht heraus: Während eine Reform die nächste jagt, geraten soziale Errungenschaften – vom 8-Stunden-Tag über die Familienversicherung bis hin zur gesetzlichen Rente – immer stärker unter Druck.

**Für uns als Arbeiterwohlfahrt waren die letzten Monate von schmerzhaften Entscheidungen geprägt:** Der Umbau des Bürgergelds zur „Neuen Grundsicherung“, das angekündigte Aus für die Asylverfahrensberatung und die geplante Begrenzung der Familienversicherung sind nur einige Beispiele. Weitere Reformen sollen kommen: bei der Pflege, bei der Rente – und auch hier kursieren Ideen, die nicht unseren Werten entsprechen.

Wir erkennen an, dass die Kostenentwicklungen im Bereich der Sozialversicherungen und der sozialen Infrastruktur eine Handlungsaufforderung sind. Es wäre fahrlässig, Kassen und Kommunen weiter mit stetig steigenden Ausgaben zu belasten, ohne für Ausgleich zu sorgen. Doch aus unserer Sicht dürfen Einsparungen nicht zulasten der sozialen Infrastruktur erfolgen: Soziale Organisationen und die Menschen, für die sie arbeiten, dürfen nicht am Ende die Rechnung bezahlen. Es gibt nur einen vernünftigen Weg, um ein hohes Niveau sozialer Sicherheit zu erhalten und zu stärken: **eine Modernisierung der Systeme im Sinne derer, denen sie dienen, und eine stärkere Beteiligung hoher Einkommen und Vermögen.**

Während die Mieten in den Städten stark steigen, der Einkauf im Supermarkt für Millionen von Armutsbetroffenen nicht mehr bezahlbar ist und die Chancen von Kindern noch immer vom Geldbeutel der Eltern abhängen, bräuchte es dringend einen sozialen Aufbruch. Eigentlich müssten wir darüber diskutieren, wie wir besser in benachteiligte Quartiere, die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und neue Aufstiegsperspektiven investieren können. **Doch stattdessen werden wir im Wochentakt mit neuen Vorschlägen für Rückschritte konfrontiert.**

**Mit Blick auf die aktuell diskutierten Einschnitte plädieren wir für ein konsequentes Umdenken.** Politik darf nicht nur die Kosten von sozialen Angeboten und Leistungen betrachten. Der Sozialstaat ermöglicht ein menschenwürdiges Leben für benachteiligte Gemeinschaften und er vermeidet langfristig, über Wahlperioden hinweg, auch Kosten, weil er Menschen befähigt, an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt teilzuhaben.

Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und uns – vertrauensvoll und konstruktiv – an der Diskussion zu beteiligen, wie der Sozialstaat zukunftsfähig bleibt. **Für uns als Arbeiterwohlfahrt gibt es dabei zwei zentrale Leitplanken, an denen sich diese Diskussion immer orientieren muss:**

1. Die **Subsidiarität** ist das Rückgrat unserer sozialen Infrastruktur: Soziale Leistungen werden vorrangig von freien Trägern erbracht und nicht vom Staat selbst. Das schafft vielfältige, bedarfsgerechte Angebote vor Ort, sodass Bürger\*innen selbst

entscheiden können, welche Form von Unterstützung sie in Anspruch nehmen. An diesem Grundsatz der Vielfalt darf weder in der Jugendhilfe noch in anderen Bereichen des Sozialstaats gerüttelt werden.

2. Das **Bekenntnis zur Tarifbindung in der sozialen Arbeit** ist unverzichtbar – wenn Tarifsteigerungen nicht mehr vollständig refinanziert werden, wie z.B. im Bereich Reha, Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe geplant, ist das ein Angriff auf die Sozialpartnerschaft.

Vertrauen entsteht dort, wo Politik für Menschen gemacht wird – nicht an ihnen vorbei. Deshalb bringen wir, in der Vertretung unserer Mitglieder, Mitarbeitenden und Klient\*innen, unsere Perspektiven ein. Mehr noch: Wir fordern, dass sie gehört werden! **Wenn innerhalb der von uns genannten Leitplanken – Subsidiarität und Tarifbindung – ernsthafte Debatten über die Zukunft des Sozialen geführt werden, dann wollen wir mit am Tisch sitzen.**

**AWO Bundesverband e. V.**

Blücherstr. 62/63

10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0

Internet: awo.org

**Pressekontakt:** Sou-Yen Kim (Leiterin Newsroom) und Jennifer Rotter (Pressesprecherin)

E-Mail: [presse@awo.org](mailto:presse@awo.org) | Tel.: +49 (0) 30 26309 218

© AWO Bundesverband e. V.

Berlin, 05.05.2026